

Entmilitarisierte Volkstrauertag 17.11.2013, Mannheim Hauptfriedhof

Das KZ Sandhofen im „öffentlichen Gedächtnis“ Mannheims von 1945 bis zur Gegenwart – Mühsame Herausbildung einer lokalen Erinnerungskultur?

Marco Brenneisen

Wir befinden uns hier vor der KZ-Gedenkstätte des Hauptfriedhofs. Das Mahnmal erinnert, auch wenn es die Inschrift nicht sofort verrät, an die Opfer des Nationalsozialismus.

Hier an dieser Stelle wurden nach Umbettungsmaßnahmen in den 1960er Jahren die Urnen von mindestens 511 Menschen beigesetzt, die zwischen 1940 und 1945 in nationalsozialistischen Konzentrations- und anderen Zwangslagern, sowie in Heil- und Pflegeanstalten getötet wurden. Nur wenige Meter von hier befindet sich außerdem die Ruhestätte von 149 russischen und polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Darunter befinden sich auch die Gräber von 21 Häftlingen des Konzentrationslagers Mannheim-Sandhofen, das zwischen September 1944 und März 1945 im Gebäude der damaligen Friedrichschule als Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof bestand.

Die *Geschichte* des KZ Sandhofen dürfte den meisten der hier Anwesenden weitgehend bekannt sein; für alle, die genaueres erfahren möchten, hat die KZ-Gedenkstätte Sandhofen heute Nachmittag von 14 bis 17 Uhr geöffnet.

Was in der Ausstellung nicht thematisiert wird, ist die *Nachgeschichte* des KZ-Außenlagers, d.h. die Frage, wie präsent die Geschichte des Lagers im öffentlichen Bewusstsein war und ist, wie und wann der Opfer gedacht wurde und wie es im Zeitverlauf um die sogenannte »Aufarbeitung« der Vergangenheit bestellt war.

Als im Oktober 1949 die Sandhofer Volksschule unter dem neuen Namen Gustav-Wiederkehr-Schule den Schulbetrieb wieder aufnahm, fand sich in einem Artikel des Sandhofer *Lokal-Anzeigers* die beiläufige Erwähnung, dass das Gebäude in den letzten Kriegsjahren als „Arbeitslager, Gefangenenlager und schließlich KZ“ genutzt worden war. Es sollte für 30 Jahre die letzte öffentliche Erwähnung des Lagers bleiben, bis die Geschichte des KZ Ende 1979 »wiederentdeckt« wurde und die lokalen und regionalen Zeitungen erschüttert über das Außenlager berichteten, von dem [Zitat Mannheimer Morgen:] „die wenigsten Bürger dieser Stadt [...] je gehört haben dürften“. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichteten nur allmählich und meist erst auf Nachfrage; die Mehrheit der Mannheimer Bevölkerung, die das Bestehen des Konzentrationslagers erlebt hatte, schwieg sich weiter aus. Doch handelte es sich hier wirklich um ein »Beschweigen« oder wusste wirklich kaum jemand, was 1944/45 in der Kriegerstraße vor sich ging? Was konnte die Bevölkerung wahrnehmen und welche Ereignisse trugen sich zu, die in der persönlichen Erinnerung hätten verdrängt werden können?

Vergegenwärtigen wir uns die Situation:

Das KZ-Außenlager Sandhofen befand sich inmitten des alten Dorfkerns des landwirtschaftlich geprägten Stadtteils; eingebettet in die örtliche Infrastruktur. Der sechs Kilometer lange Fußmarsch der Häftlinge zum Daimler-Benz Werk nach Mannheim-Waldhof führte durch Sandhofen hindurch; der zum Appellplatz umfunktionierte Schulhof war von den umliegenden Straßen teilweise einsehbar und einige Nachbarn konnten von ihren Fenstern und Balkonen aus direkt auf den Hof schauen. Viele wurden Zeugen von Misshandlungen durch die SS, der Zählpelle und der Essensausgabe auf dem Appellplatz. Zahlreiche Sandhoferinnen und Sandhofer gingen eigens deshalb zum Schulgebäude oder besuchten Anwohner, um sich „das Schauspiel eines Appells unbemerkt aus den Wohnungen oder Gärten ansehen zu können.“ Als am 4. Januar 1945 der Häftling Marian Krainski wegen des Vorwurfs der Sabotage auf dem Appellplatz erhängt wurde, fand sich eine große Anzahl von Einwohnern, darunter Kinder und Jugendliche, vor dem Lagerzaun ein, um der Hinrichtung beizuwohnen.

Über diese bloßen Beobachtungen hinaus existierte eine Vielzahl von Berührungspunkten zwischen der Einwohnerschaft und dem KZ. Den Häftlingen gegenüber verhielten sich viele Sandhofer besonders in der Anfangszeit ablehnend bis aggressiv. So wurden die Polen bei der Ankunft in Sandhofen von Einheimischen als „Warschauer Banditen“ beschimpft, bespuckt und von Kindern mit Steinen beworfen. Einige versuchten jedoch den Häftlingen Lebensmittel und Tabak zukommen zu lassen oder auf andere Weise zu helfen, wenngleich dies keineswegs so häufig der Fall war, wie Jahrzehnte später vorgegeben wurde. Besonders ausgeprägt waren indes die Beziehungen zwischen den Stadtteilbewohnern und der SS, wobei diese Kontakte sowohl wirtschaftlicher als auch privater Art waren. Durch die Errichtung des KZ mit seinen fast 1080 Häftlingen und einer rund 60 Mann starken Wachmannschaft hatte Sandhofen kriegsbedingt schlagartig knapp 20% mehr »Einwohner«, die einen nicht unbeträchtlichen Wirtschaftsfaktor darstellten und Einnahmequellen für örtliche Gewerbetreibende versprachen. So machte zum einen die SS Erledigungen in Sandhofer Geschäften und sorgte für einen ansehnlichen Kundenzuwachs der Gaststätten und Kneipen. Zum anderen bestanden auch Geschäftsbeziehungen zwischen dem Lager selbst und ortsansässigen Handwerksbetrieben und Geschäften, insbesondere aber zu Bäuerinnen und Bauern. Wie auch aus anderen Außenlagern bekannt, bestand außerdem in Sandhofen ein reger »Verleih« von Häftlingen an Einheimische für Arbeiten auf den Feldern, im Wald und zu privaten Zwecken unter Bewachung von ein bis zwei SS-Männern.

Unter anderem durch diese Kontakte, aber auch durch Kneipen- und Kinobesuche entwickelten sich nicht selten Freundschaftsbeziehungen zwischen der SS und Sandhofer Familien. Einige Bewohnerinnen und Bewohner wurden gar von der SS zu Kameradschaftsabenden oder einer Weihnachtsfeier ins Schulgebäude eingeladen.

Diese vielfältigen Beziehungen zwischen KZ und Stadtteil waren in Sandhofen 1944/45 allseits bekannt und es dürfte einer gewissen Form von »Ortssolidarität« (Peter Koppenhöfer) geschuldet sein, dass nach der Auflösung des Lagers im März 1945 ein Schleier des Schweigens über dieses Stück Lokalgeschichte gelegt wurde. Die Tatsache, dass nicht wenige Einwohner auf die ein oder andere Weise von dem KZ profitierten, hätte sich nur schwerlich mit der Behauptung in Einklang bringen lassen, man habe von nichts gewusst.

Mit der Neueröffnung der Schule vier Jahre nach Kriegsende wurde die vormalige Zweckentfremdung des Gebäudes quasi symbolisch ad acta gelegt und einem Prozess des Vergessens und Verdrängens der Weg gebahnt, der bis 1979 reichte und nicht nur auf den Stadtteil Sandhofen beschränkt blieb. Für die sich allmählich neu formierende Lokalpolitik und die Mannheimer Bevölkerung stand ab 1945 zunächst der Wiederaufbau der ausgebombten Stadt und die materielle Existenzsicherung im Vordergrund; eine Beschäftigung mit der Geschichte des KZ Sandhofen blieb bis in die 1980er Jahre aus. Erinnert sei in diesem Zusammenhang außerdem an die Tatsache, dass auch die Angestellten des Daimler-Benz-Werks, die täglich mit den Häftlingen in Kontakt gekommen waren, zu keinem Zeitpunkt eine öffentliche Thematisierung des KZ forcierten.

Eine Chance, die Lagergeschichte öffentlich zu thematisieren, wurde 1968 vom damaligen Oberbürgermeister Hans Reschke vertan, als die Ludwigsburger *»Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen«* Vorermittlungen zum Außenlager Sandhofen aufnahm. Das Sandhofer Gemeindesekretariat übermittelte Reschke auf Anfrage einen vierseitigen Bericht über das KZ, der neben einer Kopie des Sterberegisters diverse auf Aussagen Sandhofer Zeitzeugen basierende Angaben über das Lager enthielt. Der Oberbürgermeister sandte diesen Bericht nach Ludwigsburg, unterließ es jedoch, die Öffentlichkeit oder zumindest den Gemeinderat über das Mannheimer Konzentrationslager in Kenntnis zu setzen. Die durch das LKA Baden-Württemberg eingeleiteten Ermittlungen zum KZ Sandhofen wurden schon kurze Zeit später eingestellt. Über die Gründe des Schweigens seitens des damaligen Oberbürgermeisters lässt sich nur mutmaßen; allerdings legt ein Blick auf Reschkes eigene Biographie vor 1945 die Vermutung nahe, dass sein persönliches Interesse an einer gründlichen »Aufarbeitung« der NS-Vergangenheit begrenzt gewesen sein dürfte. Zur Erinnerung: Hans Reschke war bereits 1933 in die NSDAP eingetreten, von 1937-1943 ehrenamtlicher Mitarbeiter des SD, ab 1940 im Rang eines SS-Untersturmführers.

So dauerte es weitere elf Jahre bis die Öffentlichkeit auf das einstige KZ aufmerksam wurde. Ende September 1979 entdeckte der Mannheimer Stadtjugendring eher beiläufig in einer Publikation den Hinweis, dass in Sandhofen ein KZ bestanden hatte. Der Stadtjugendring brachte dies umgehend in

die Öffentlichkeit und veranstaltete am Volkstrauertag eine Gedenkfeier vor dem Schulgebäude. Das Medienecho war wie bereits erwähnt groß, flaute jedoch schon bald wieder ab. Eine provisorische Holz-Gedenktafel am Eingang der Gustav-Wiederkehr-Schule wurde bereits nach wenigen Tagen von Unbekannten zerstört. Die Anbringung einer offiziellen Tafel wurde von Seiten der Stadtverwaltung an die Beschaffung weiterer Quellen zur Geschichte des Konzentrationslagers geknüpft, wofür sich SJR und die Deutsch-Polnische Gesellschaft in den folgenden Jahren engagierten. 1982 konnte die Gedenktafel der Stadt Mannheim schließlich angebracht werden.

Mit der Einweihungsfeier trat die öffentliche Beschäftigung mit dem KZ Sandhofen in eine neue Phase, die über Jahre andauerte und von geschichts- wie erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen geprägt war. Der Auslöser hierfür war die Rede des Sandhofer CDU-Stadtrats Heinrich Kirsch, der die Gedenkfeier dazu nutzte, die Opfer des KZ gegen die Kriegstoten des Stadtteils aufzurechnen, die Lagergeschichte zu verharmlosen und den Sinn der öffentlichen Erinnerung an die KZ-Opfer in Frage zu stellen. Während die Rede unter den Anwesenden für Empörung sorgte, zeigte sich bereits in den folgenden Tagen, dass Kirsch keineswegs einzig seine eigene Meinung geäußert, sondern zugleich die Stimmungen aus dem Stadtteil erstmals öffentlich gemacht hatte. In Dutzenden von Leserbriefen wurde in den Lokalzeitungen über die Äußerungen Kirchs sowie die Reaktionen darauf gestritten. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Vereine kritisierten Kirsch scharf, aus dem Stadtteil hingegen wurde kaum Kritik geäußert. Im Gegenteil wurde dem Stadtrat als vermeintlichem Tabubrecher, der ausgesprochen habe, was viele dächten, aber nicht sagen dürften, Respekt gezollt. Insbesondere zwei Formen der Erinnerungsabwehr dominierten sowohl Kirchs Rede, als auch die Zuwortmeldungen seiner Unterstützer: Zum einen Strategien der Aufrechnung von Gewalt, Schuld und Verantwortung sowie einer Externalisierung der von Deutschland begangenen Verbrechen, zum anderen und damit einhergehend die Betonung einer Opferrolle der deutschen Bevölkerung. Inhaltlich kreiste die Diskussion von Seiten der Kirsch-Befürworter daher überwiegend um die Forderung nach einem »Schlussstrich« unter die nationalsozialistische Vergangenheit und nur peripher um das Konzentrationslager in Mannheim. Lediglich zwei Sandhofer Zeitzeuginnen machten ihre persönlichen Erinnerungen an das KZ in Leserbriefen öffentlich.

Ende 1985 veranstaltete der Stadtjugendring ein Werkstattseminar mit dem ehemaligen Häftling Jerzy Czuj, wobei die Idee einer KZ-Gedenk- und Dokumentationsstätte geboren wurde. Unterstützt durch den DGB-Kreisverband, die Deutsch-Polnische Gesellschaft und die VVN konnte der SJR schließlich erreichen, dass die Stadtverwaltung grundsätzliche Bereitschaft signalisierte, eine solche Gedenkstätte in den Kellerräumen der Gustav-Wiederkehr-Schule einzurichten. Diese Planungen verliefen lange Zeit abseits der Öffentlichkeit, die erst davon erfuhr, als sich der Gemeinderat Ende 1986 eingehender mit der Thematik befasste und sich die CDU-Fraktion vehement gegen eine

Gedenkstätte in der Schule aussprach. Umgehend wurden Proteste gegen das Vorhaben laut; die Einwohnerschaft Sandhofens lehnte die Gedenkstätte mehrheitlich ab. Die Sandhofer Bürgervereinigung, die die Einrichtung der Gedenkstätte zu verhindern suchte, erhielt dabei tatkräftige Unterstützung durch die einseitige Berichterstattung des Lokalanzeigers, durch diverse Leserbriefe sowie ein Mitglied des Bezirksbeirats, der das KZ als „nächtliches Aufenthaltslager für Zwangsarbeiter“ verharmloste und ein für alle mal klar stellen wollte, dass der Bevölkerung die „tagtägliche Berieselung [...] mit der nationalsozialistischen Vergangenheit“ mittlerweile „einfach stinkt“.

Etwa ein Jahr lang wurde öffentlich über das Für und Wider eines »Gedenk- und Dokumentationsraums« gestritten, bis die aus den genannten Gruppen um den Stadtjugendring hervorgegangene *AG Dokumentationsraum* mittels Aufklärungsarbeit in Form von Flugblättern und Informationsveranstaltungen mit dem Überlebenden Jerzy Czuj auf die Bevölkerung einwirkte und über das KZ sowie das Ziel einer Gedenkstätte am „authentischen Ort“ aufklärte. Diese Aufklärungsarbeit dürften entscheidend dazu beigetragen haben, dass die Widerstände aus dem Stadtteil allmählich abnahmen, wenngleich auch nicht gänzlich verschwanden.

Im Oktober 1987 stimmte der Hauptausschuss des Gemeinderats trotz nach wie vor bestehender Einwände aus Sandhofen einstimmig für die Einrichtung einer Gedenkstätte in den Kellerräumen der Gustav-Wiederkehr-Schule, die am 12. November 1990 eröffnet wurde.

Die KZ-Gedenkstätte hat sich seitdem einen festen Platz in der Gedenkstättenlandschaft Baden-Württembergs erarbeitet. In Sandhofen selbst hat man indes einen eher pragmatischen Umgang mit der Geschichte des Lagers gefunden und sich mit der Gedenkstätte arrangiert. Diese wird von der Bevölkerung mittlerweile mehrheitlich akzeptiert; die Besucherzahlen aus dem Stadtteil sind allerdings bis heute sehr gering und auch außerhalb Sandhofens ist vielen Mannheimerinnen und Mannheimern nach wie vor nicht bekannt, dass in der Stadt mal ein KZ-Außenlager existierte. Von einer, wie es oft heißt »lebendigen Erinnerungskultur« sind wir leider noch immer ein ganzes Stück entfernt.

Literatur zur Vertiefung: Marco Brenneisen: Das Konzentrationslager Mannheim-Sandhofen im Spiegel der Öffentlichkeit. Die Rezeptionsgeschichte eines KZ-Außenlagers, Marburg 2011: Tectum.